

Csörgits: Partnerschaftliche Teilung der Kinderbetreuung für ÖVP kein Thema

Utl.: Jubelmeldungen von ÖVP-Abgeordneten Prinz zum Kindergeld entlarvend =

Wien (ÖGB). Als entlarvend bezeichnet ÖGB-Frauenvorsitzende und Vizepräsidentin Renate Csörgits die Jubelmeldungen, die der ÖVP-Abgeordnete Nikolaus Prinz heute anlässlich des 30.000 Antrags auf Kindergeld ausgesendet hat. "Prinz hat klar gemacht, worum es vielen in der Regierung wirklich geht: Die Frauen - und zwar nur diese - sollen möglichst lang bei ihren Kindern zu Hause bleiben." Ein emanzipatorischer Ansatz fehlt nicht nur bei den rechtlichen Bestimmungen zum Kindergeld, er tritt auch in den Äußerungen diverser PolitikerInnen der Regierungsparteien immer klarer zutage.++++

"Mit 'Sagern' á la nur eine Mama, die zu Hause bleibt, ist eine gute Mutter, werden Frauen wieder in die traditionellen Rollenbilder gedrängt", reagiert Csörgits auf Prinz' heutige Äußerung, für die Kleinsten der Kleinen zähle vor allem die Zeit, die nun ihre Mamas - dank des Kindergeldes - länger mit ihnen verbringen könnten. "Diese Kinder haben auch Väter, die genauso wie die Mütter für die Betreuung zuständig sind", sagt Csörgits.

Die Frauenvorsitzende weist zudem auf die massiven Probleme beim Wiedereinstieg hin, mit denen Frauen konfrontiert sind, die ihre Erwerbstätigkeit längerfristig unterbrechen. Vielen jungen Müttern sei nicht bekannt, dass zwar das Kindergeld für zweieinhalb Jahre ausbezahlt werde, die arbeitsrechtliche Karenz und damit der Kündigungsschutz aber weiterhin nur zwei Jahre dauern. Bleiben die Frauen für die volle Dauer des Kindergeldbezugs ohne entsprechende Zusatzvereinbarung mit dem Dienstgeber zu Hause, sind sie ihren Job los.

"Dass es 30.000 Anträge zum Kindergeld gibt, ist kein Grund zum Jubeln. Es ist nur logisch, dass die Gesamtzahl der Kinder, die 2002 geboren wurden, im August höher ist als sie im Jänner war. Damit steigt auch die Zahl der BezieherInnen", erklärt Csörgits. Anstatt sich selbstzufrieden zurückzulehnen, sollte die Regierung vielmehr eine Informationsoffensive zur Aufklärung der jungen Eltern über die arbeitsrechtlichen Bestimmungen rund ums Kindergeld starten, fordert

die ÖGB-Frauenvorsitzende abschließend. (mfr)

ÖGB, 1. August 2002

Nr. 632

Rückfragehinweis: ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Martina Fassler-Ristic

Tel. (++43-1) 534 44/480 DW

Fax.: (++43-1) 533 52 93

<http://www.oegb.or.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0105 2002-08-01/12:30

011230 Aug 02

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020801_OTS0105